

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0033/2016/IV

Datum:
16.02.2016

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:
Dezernat II, Gebäudemanagement

Betreff:

**Unterbringung von Menschen auf der Flucht
in Heidelberg / Standort "Im Weiher"**

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Handschuhsheim	10.03.2016	Ö	() ja () nein () ohne	

Zusammenfassung der Information:

Der Bezirksbeirat Handschuhsheim nimmt diese Information zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Derzeit noch nicht absehbar	
Einnahmen:	
Derzeit noch nicht absehbar	
Finanzierung:	
Derzeit noch nicht absehbar	

Zusammenfassung der Begründung:

Die Verwaltung informiert den Bezirksbeirat Handschuhsheim mit dieser Vorlage über die Unterbringung von Menschen auf der Flucht am Standort „Im Weiher“.

Begründung:

1. Ausgangslage

Derzeit befinden sich weltweit knapp 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Dies ist die höchste Zahl, die jemals von UNHCR verzeichnet wurde.

Dadurch sind auch die Flüchtlingszahlen in der Bundesrepublik drastisch gestiegen. Laut Asylstatistik des Bundes für 2015 kamen im vergangenen Jahr rund 1,1 Millionen Menschen nach Deutschland. Dies ist die höchste Zahl von Asylbewerberzugängen, die jemals in Deutschland verzeichnet wurde.

Innerhalb Deutschlands werden die Geflüchteten nach dem so genannten Königsteiner Schlüssel, der sich anhand von Bevölkerungszahl und Steuereinnahmen berechnet, auf die Bundesländer verteilt. Danach muss Baden-Württemberg 12,86456 % der ankommenden Menschen aufnehmen und liegt damit an dritter Stelle unter den Bundesländern (NRW: 21,21010 %, Bayern: 15,51873 %). Bei 1,1 Mio geflüchteter Menschen in Deutschland im Jahr 2015 bedeutete dies rund 141.500 Personen für Baden-Württemberg.

Innerhalb von Baden-Württemberg werden die Geflüchteten nach einer Zuteilungsquote auf die Stadt- und Landkreise verteilt, die sich aus dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Stadt- oder Landkreises an der Bevölkerung des Landes errechnet. Die Quote für Heidelberg liegt danach bei etwa 1,5 %. Bei og. Ausgangslage wären 2015 in Heidelberg ca. 2.120 Menschen auf der Flucht unterzubringen gewesen.

2. Situation in Heidelberg

Aktuell sind in Heidelberg knapp 550 Geflüchtete im Stadtgebiet untergebracht. Von weiteren Zuweisungen ist die Stadt auf Grund der zentralen Registrierungsstelle in Patrick-Henry-Village (PHV) seit April 2015 befreit.

Da davon ausgegangen werden muss, dass diese Befreiung durch die Landesregierung in absehbarer Zeit teilweise oder ganz aufgehoben wird, ist es zwingend notwendig, die Zeit bis dahin zu nutzen, um neue Standorte für die Unterbringung von Flüchtlingen in allen Stadtteilen zu erschließen. Ansonsten droht auch in Heidelberg eine Unterbringung der Menschen in Sporthallen und ähnlichen Großeinrichtungen.

Um auf die Herausforderungen im Rahmen der Unterbringung von geflüchteten Menschen als Stadt angemessen reagieren zu können, hatte der Gemeinderat bereits am 08.10.2015 beschlossen, die Befugnisse des Oberbürgermeisters in finanziellen Angelegenheiten auszuweiten und bisherige finanzielle Zuständigkeiten des Bau- und Umweltausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses sowie des Gemeinderats für den Themenbereich „Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen“ nach der Hauptsatzung für einen befristeten Zeitraum (bis 31. Dezember 2016) auf den Oberbürgermeister zu übertragen. Inbegriffen ist dabei die Konzeption und Umsetzung von Maßnahmen zur dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen im Rahmen der Anschlussunterbringung im Stadtgebiet (zum Beispiel Kauf oder Anmietung geeigneter Objekte einschließlich deren Ertüchtigung). (Drucksache 0282/2015/BV).

Ebenfalls in dieser Sitzung hat der Gemeinderat dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt, die Prüfung bestimmter Standorte für Flüchtlingsunterkünfte in den Stadtteilen auf einer bis dahin erstellten Vorhabenliste weiter zu verfolgen.

3. Suche nach neuen Standorten

Entscheidend für eine gelingende Integration ist die Einbindung in die vorhandenen Strukturen der Stadtgesellschaft und damit verbunden der zügige Spracherwerb. Soziale Durchmischung sichern und Segregation vermeiden ist das Leitbild für ein aktives und solidarisches Stadtleben, dem sich die Stadt Heidelberg nach wie vor verpflichtet fühlt. Wenn man die vorhandenen Strukturen in der Stadt mit dieser Aufgabe nicht überfordern will, kann dies nur durch eine stadtweite Verteilung der Standorte gelingen.

Deshalb hat die Stadt im vergangenen Jahr damit begonnen, in allen Stadtteilen in Frage kommende Standorte (unbebaute Grundstücke, Plätze, bestehende Gebäude und Wohnungen) zu untersuchen und in einem strukturierten Verfahren auf der Basis von Geeignetheit und Verfügbarkeit u.ä. zu bewerten. Auch die Kostenfrage für die Entwicklung eines Standortes und die Möglichkeit, Fördergelder für einen Neubau oder Sanierungsarbeiten zu beantragen, spielten bei der Entscheidung eine Rolle.

Auf Basis dieser Prüfungsergebnisse wurden die Standorte nach 3 Prioritäten kategorisiert, 14 Standorte wurden mit der Priorität 1 klassifiziert, darunter auch der Standort „Im Weiher“ in Handschuhsheim.

Bei einer Sonderveranstaltung am 7. Dezember 2015 wurden alle Bezirksbeiräte und Stadtteilvereine über diese Standortliste informiert. Am 10. Dezember 2015 hat der Gemeinderat ein entsprechendes Konzept zustimmend zur Kenntnis genommen. Demnach sollen jetzt Zug um Zug diese 14 Standorte in den Stadtteilen entwickelt werden. Die Stadt Heidelberg wird vor Baubeginn der einzelnen Unterkünfte im jeweiligen Stadtteil in einer öffentlichen Sitzung des Bezirksbeirates über die geplanten Vorhaben informieren.

Der erste Standort, der konkret in die Entwicklung gehen wird, ist der Standort „Im Weiher“ in Handschuhsheim. Hier sollen Häuser in Leichtbauweise entstehen, die auch länger als zwei bis drei Jahre genutzt werden können und Platz bieten für etwa 100 Menschen. Voraussichtlicher Baubeginn ist im April, Fertigstellung ist für Ende Juni geplant.

In der Sitzung des Bezirksbeirates Handschuhsheim am 10. März 2016 wird die Verwaltung über die konkreten Planungen informieren.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziele:
QU 6	+	Integration und interkulturelles Leben konstruktiv gestalten, ausländische Einwohner/innen als gleichberechtigte Bürger/innen anerkennen, ethnische und religiöse Heterogenität berücksichtigen
WO 4	+	Verdrängungsprozesse verhindern
SOZ 1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern
KU 1	+	Kommunikation und Begegnung fördern

Begründung:
Zielerreichung durch zusätzliche Standorte für die Flüchtlingsunterbringung in allen Stadtteilen; keine Konzentration in bestimmten Stadtteilen, um die vorhandenen Strukturen nicht zu überfordern und die Integration zu erleichtern.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet
Dr. Joachim Gerner